

Transversale und inklusive Solidaritäten im Kontext politischer Mobilisierungen für sichere Fluchtwege und gegen Abschiebungen

Helen Schwenken und Helge Schwiertz

In Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus und Autoritarismus haben zivilgesellschaftliche Initiativen, die in Solidarität mit denjenigen handeln, die als außerhalb der nationalstaatlich organisierten Solidargemeinschaft stehend betrachtet werden, eine entscheidende Funktion. Sie hinterfragen und verhandeln die dominante Ausgrenzung von Nicht-Staatsangehörigen neu, indem sie humanitäre Hilfe leisten, alternative Räume der Zugehörigkeit schaffen und Rechte sowie demokratische Prinzipien artikulieren. Dabei ist die Teilhabe von Nicht-Staatsangehörigen umkämpft, manchmal mehr, manchmal weniger. Der Grad des Umkämpftseins hängt bei Themen um Migration damit zusammen, wie sehr die Anliegen der Betroffenen in den hegemonialen Diskursen der Mehrheitsgesellschaft als legitim gelten. So ist es einfacher, die schulische Teilhabe von Kindern zu fordern als das Bleiberecht für abgelehnte Asylsuchende. Das, was als legitim gilt, ist auch eine Frage der jeweiligen Kräfteverhältnisse, der spezifischen historischen Situation und der diskursiven Rahmung durch die Akteur*innen. Zu Hochzeiten der Willkommenskultur, als selbst die BILD-Zeitung sich als deren Avantgarde darstellte (#refugeeswelcome, BILD 29.08.2015) und in Fußballstadien »refugees welcome« skandiert wurde, verliefen die Diskurse anders als fünf Jahre später.

Während migrantische Selbsthilfe und Selbstorganisationen bei der Unterstützung Geflüchteter eine wesentliche Rolle spielen (Ataç et al. 2015; Schwiertz 2019; Ataç/Steinhilper 2020), rücken wir in unserem Beitrag die Solidarität von Mitgliedern der sogenannten Mehrheitsgesellschaft in den Mittelpunkt: Welchen Beitrag leisten sie mit ihrer Unterstützung zur Überwindung von Ausschlüssen? (Wie) hinterfragen sie dominante Strukturen, die sich nicht direkt und negativ auf sie selbst auswirken? Formulieren sie

Alternativen zu ethno-nationalen Staatsbürgerschaftsregimen, oder reproduzieren sie hegemoniale Grenz- und Migrationsregime, nationalistische und anti-migrantische Diskurse sowie Formen exklusiver Solidarität?

Diese Fragen stellen sich vor dem Hintergrund eines historischen Prozesses, in dem Solidarität im maskulin geprägten, nationalen Sozialstaat institutionalisiert wurde (Kreisky 1999; Oosterlynck et al. 2015). In letzter Zeit wird jedoch zunehmend eine Krise dieser nationalen Institutionalisierung von Solidarität diagnostiziert, wobei oftmals Migration als eine Ursache derselben dargestellt wird. So stellen einige Analysen einen ›multikulturellen‹ Modus der Integration und die wohlfahrtsstaatliche Teilhabe von Migrierten in einen Zusammenhang mit geringen ›Integrationserfolgen‹ und Segregation (Koopmans 2010) und suggerieren, sie seien eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Anerkennung und Teilhabe von Migrierten werden also in einem Spannungsverhältnis zur Zugehörigkeit und Solidarität im nationalen Rahmen gesehen.

In diesem Beitrag arbeiten wir verschiedene Ansätze von Solidarität heraus, die sich gegen den methodologischen Nationalismus solcher Diagnosen richten. Hierbei analysieren wir gegenwärtige Auseinandersetzungen um Solidarität, die sich insbesondere in Bezug auf Migration ergeben: Einerseits werden Grenzen der Solidarität gezogen, indem Migrant*innen als Belastung beschrieben und von nationaler Solidarität ausgeschlossen werden; andererseits entstehen neue Formen inklusiver Solidarität durch pro-migrantisches Engagement.

Empirisch arbeiten wir mit Ergebnissen aus zwei Forschungsprojekten zum Zugang zu Schutz für Geflüchtete¹ und zu Mobilisierungen gegen Abschiebungen in Deutschland² sowie den Diskussionen aus dem Projekt »Willkommenskultur und Demokratie«.³ Verständnisse von Solidarität standen nicht dezidiert im Fokus der jeweiligen Forschung, dennoch lässt sich dieser Aspekt aus dem Material herausarbeiten. Solidarität hat sich

1 »Von der Flüchtlingshilfe zur Fluchthilfe«, gefördert durch die Fritz Thyssen Stiftung (2018-2021, Helen Schwenken, Helge Schwiertz).

2 »Taking Sides: Protest Against the Deportation of Asylum Seekers. A Comparison between Germany, Austria and Switzerland«, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (SCHW 1389/5-1, 2014-2018, Helen Schwenken, Maren Kirchhoff, David Lorenz).

3 »Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland« gefördert durch das BMBF (2018-2021, Helen Schwenken, Samia Dinkelaker, Katherine Braun).

zudem als eine Schlüsselkategorie erwiesen, um die Praktiken der untersuchten Initiativen in einem weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang zu begreifen.

Im Folgenden entwickeln wir zunächst das konzeptionelle Verständnis transversaler und inklusiver Modi von Solidarität. Mittels dieser theoretischen Perspektive werden wir anschließend zwei Fälle pro-migrantischer Solidarität analysieren: Mobilisierungen gegen Abschiebungen und das Engagement für sichere Fluchtwege.

Transversale und inklusive Solidarität

Unterschiedliche Theorien zu Solidarität wie jene von Chandra Talpade Mohanty (2003), Nira Yuval-Davis (1999), Hauke Brunkhorst (1997) und anderen stimmen darin überein, dass Praktiken der Solidarität Differenzen nicht aufheben. Vielmehr nehmen sie Differenzen als Ausgangspunkt, um sie miteinander in Beziehung zu setzen. So können solidarische Praktiken neue Ebenen und Formen von Solidarität entwickeln, die über lang etablierte Vorstellungen von nationaler Zugehörigkeit und Zusammenhalt hinausgehen. Ebendiese Vorstellungen einer primär nationalen Solidargemeinschaft sind aber weiterhin vorherrschend.

In gegenwärtigen Debatten und Auseinandersetzungen um Migration wird um das Solidaritätsverständnis gerungen. Transversale und inklusive Verständnisse sowie Praktiken stehen exkludierenden und exklusiven gegenüber, wenngleich das Verhältnis von Inklusion/Exklusion sozialtheoretisch als wechselseitig aufeinander bezogen gedacht werden muss. In aktuellen Debatten bezeichnet »exklusive Solidarität« Solidaritätsvorstellungen rechter und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen (Fischer 2019), die Solidarität dezidiert national verstanden wissen wollen – »Solidarität zuerst für uns und unter uns« (Bude 2019: 10). Aber auch in wohlfahrtsstaatlichen Diskussionen spielt die Idee der exklusiven Solidarität eine wichtige Rolle, da sie als eine Solidarität der Beitragszahlenden untereinander gedacht wird, die Risiken solidarisch abfedern und füreinander eintreten. Diese Vorstellung ist tief verankert in Entwicklungen des 19. Jahrhunderts, als das Kleinbürgertum und Arbeiter*innen auf Solidarbeiträgen beruhende Versicherungen etablierten (Demirović 2010). Dieses Versicherungsdenken impliziert ein exklusives Verständnis von Solidarität, da nicht alle von diesen Solidarbeiträgen profitieren. Gerade Personen, die den gesellschaftlichen

Normen nicht entsprechen und/oder die Beiträge nicht zahlen können, fallen heraus, obwohl sie die Versicherungsleistungen eigentlich besonders nötig hätten. Für jene Herausgefallenen sind wohlfahrtsstaatliche Instrumente zuständig, die der Bedürftigkeitslogik folgen. Die meisten Solidarsysteme sind an den nationalstaatlichen Bezugsrahmen gekoppelt (Torp 2020), sowohl weil vorwiegend staatsbürgerlich Zugehörige von ihnen profitieren als auch weil sie selten über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus gedacht werden. In aktuellen Debatten um Migration, die Öffnung oder Schließung von Fluchtrouten, die Aufnahme von Geflüchteten und im weiteren Sinne eine Idee offener Grenzen werden genau auf diese tiefsitzenden nationalstaatlich orientierten Solidaritätsvorstellungen rekurriert und Konkurrenzverhältnisse zwischen ›Einheimischen‹ und Migrant*innen als gesetzt verstanden (Stre-eck 2018; Deutschmann 2016; kritisch dazu u.a.: van Dyk/Gräfe 2019). Dieser Logik zufolge ist ein auf die Ausweitung auf Migrant*innen und Geflüchtete gerichtetes Verständnis von Solidarität automatisch gegen ›die Arbeiterklasse‹, Geringverdienende oder schon länger aufhältige Migrant*innen gerichtet und führe zwangsläufig zu Konflikten. Daher haben es transversale und inklusive Solidaritätsverständnisse paradoxerweise in ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Kontexten schwer, wenn sie für Unterstützung werben.

Auch in der Europäischen Union gilt ein Verständnis von nationaler und nationalstaatlich beschränkter Solidarität. Der Begriff der Solidarität wird hauptsächlich als Solidarität zwischen den nationalen Mitgliedstaaten definiert. Dies wird deutlich in den Debatten über die Verteilung von ›Flüchtlingen‹, welche als ›Lastenteilung‹ (*burden sharing*) bezeichnet wird. Durch diese Logik wird zum einen die exklusive Solidarität der Nationalstaaten reproduziert, die Geflüchtete nicht dazu zählt, sondern als Last beschreibt. Zum anderen kann die Europäische Union insgesamt als eine Gemeinschaft der exklusiven Solidarität beschrieben werden, die durch Politiken der Abschottung gegenüber Migration zu einer weiteren Externalisierung sozialer Probleme beiträgt (Lessenich 2016). Diese wird u.a. realisiert durch eine verstärkte Grenzabschottung und push-backs von Geflüchteten im Mittelmeer in türkische Gewässer und nach Libyen. Dahinter steht ein zweifaches exklusives Solidaritätsverständnis: die Annahme unter Nationalstaaten und im Binnenverhältnis, dass es Konkurrenzverhältnisse zwischen ›Einheimischen‹ und ›Migrant*innen‹ gibt und folglich staatlich verantwortliches Handeln primär den Interessen der ›Einheimischen‹ gerecht werden müsse.

Dieser national eng gefassten, staatlich institutionalisierten Form exklusiver Solidarität stellen wir Konzepte transversaler und inklusiver Solidarität

gegenüber. Transversale und inklusive Solidarität begreifen wir hierbei als zwei Facetten der Infragestellung exklusiver Solidaritäten: Während der Begriff der transversalen Solidarität verdeutlicht, wie solidarische Praktiken die Grenzen vermeintlich klar definierter sozialer Einheiten überschreiten, zeigt der Begriff der inklusiven Solidarität, wie neue Beziehungen und kollektive Subjektivitäten entstehen.

Als grundlegend für Praktiken einer transversalen Solidarität erachten wir die drei von Nira Yuval-Davis genannten Voraussetzungen für transversale Politiken: erstens eine standpunkttheoretische Epistemologie, in der die unterschiedlichen Situiertheiten der Akteur*innen als relevant erachtet werden; zweitens ein gelebtes Verständnis von Gleichheit in der Differenz; und drittens eine konzeptionelle wie auch politische Unterscheidung von Positionierung, Identität und Werten (Yuval-Davis 1999: 94f.). Darunter versteht sie, dass »[p]eople who identify themselves as belonging to the same collectivity or category can be positioned very differently in relation to a whole range of social divisions (e.g. class, gender, ability, sexuality, stage in the life cycle etc). At the same time, people with similar positioning and/or identity, can have very different social and political values« (Yuval-Davis 1999: 95). Unter diesen Voraussetzungen, so Yuval-Davis, können sich transversale politische Praxen entwickeln, die die Positionen in bestehenden Machtverhältnissen berücksichtigen, aber auch darüber hinausgehende solidarische Beziehungen ermöglichen (Yuval-Davis 1999: 98; vgl. Braun 2019). Anschließend an diese Überschreitung gesellschaftlich zugewiesener Positionen und Identitäten, die wir als Praxen transversaler Solidarität begreifen, können alternative Formen einer inklusiven Solidarität entwickelt werden, in denen sich zunächst lose geknüpfte Verbindungen zu neuen Beziehungsweisen, Kollektivitäten und Vorstellungen von Zugehörigkeit verdichten, die das Potenzial haben, bestehende Ungleichheiten abzumildern. Monika Mokre hat den dafür notwendigen Modus treffend als »Übersetzung« bezeichnet (Mokre 2015), denn das Entstehen von Solidarität zwischen Personen in prekären Lebenslagen und abgesicherten Personen erfordert vielfältige Übersetzungsleistungen, insbesondere wenn sie unter den Bedingungen globaler sozialer Ungleichheiten aus unterschiedlichen politischen Kulturen kommen. So ist beispielsweise nicht immer allen Beteiligten klar, ob an praktische Unterstützung vielleicht Erwartungen für Gegenleistungen geknüpft sind. Während eine vollständig inklusive Solidarität kaum vorstellbar ist, können wir Praktiken und Akte der inklusiven Solidarität identifizieren, die diese anstreben.

Mit einem nicht-essentialistischen Begriff inklusiver und transversaler Solidarität wollen wir in den Blick nehmen, wie solidarische Praxen und Beziehungsweisen die Strukturen exklusiver Solidarität herausfordern und umgehen: Wie sie Grenzen etablierter Gemeinschaften und Identitäten überschreiten, neue Verbindungen aufbauen und so potenziell zu neuem gesellschaftlichen Zusammenhalt auf breiterer Ebene beitragen. In den von uns analysierten Mobilisierungen im Feld von Fluchtwegen und Abschiebungen geht es ganz zentral um Auseinandersetzungen um in- und exklusive Formen der Solidarität sowie die Grenzen von Solidargemeinschaften. Aufgrund der Herausforderung der in weiten Teilen der Bevölkerung hegemonialen engen Kopplung von Migration und exklusiven Solidaritätsvorstellungen interessiert uns in diesem Beitrag, wie im Kontext der vorherrschenden exklusiven Solidaritäten inklusive und transversale Ideen und Praxen von Solidarität entworfen und gelebt werden. Wir haben Fälle gewählt, in denen Schutzsuchende und Migrant*innen besonders prekär situiert sind, weil sie sich entweder noch außerhalb des Nationalstaates auf gefährlichen Fluchtrouten, im Transit und in Geflüchtetenlagern befinden oder durch das Instrument der Abschiebung wieder außer Landes gebracht werden sollen. Wir begreifen Solidarität hierbei einerseits als ein analytisches Prisma zur Untersuchung von Praktiken, Beziehungen, Subjektivitäten und Institutionen und andererseits als ein Prinzip, das nicht erreicht werden kann, sondern immer wieder im Sinne einer »kommenden Demokratie« angestrebt werden muss (Derrida 2005). Dabei ist dies keine lineare Entwicklung in Richtung einer größeren Solidarität mit den Ausgegrenzten oder Migrant*innen.⁴ Da Solidarität ebenso wieder entzogen werden kann und diejenigen, die sich für Migrant*innen und Geflüchtete einsetzen, selbst ausgegrenzt werden können (Feischmidt 2020), bleiben transversale und inklusive Solidarität stets umkämpft und pro-migrantische Praktiken der Solidarität eine unendliche Aufgabe.

Verständnisse und Praktiken von Solidarität in pro-migrantischem Engagement

In diesem Teil des Beitrags betrachten wir solidarische Praktiken und deren Artikulation durch die Engagierten in zwei Fällen, erstens bei Mobilisierungen gegen Abschiebungen und zweitens dem Engagement für sichere Flucht-

4 Siehe Bieling/Huke *Gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation* in diesem Band.

wege. Uns interessiert dabei, welche Formen die solidarischen Praxen annehmen und inwiefern sich in ihnen inklusive und transversale Elemente zeigen bzw. diese in den Bewegungen und Initiativen thematisiert werden.

Abschiebungen: Wer verdient Solidarität bei Mobilisierungen gegen Abschiebungen?

Welche Art von solidarischen Praktiken entwickeln sich im Fall von Abschiebungen⁵, wenn also der Staat entscheidet, dass jemand das Land verlassen muss und die Person sich weigert, dies freiwillig zu tun?⁶ Abschiebungen führen grundsätzlich und ganz konkret zu der Frage, wer zu einer Gesellschaft dazugehört und wer es verdient, dazuzugehören (Anderson et al. 2011: 548). Durch die Ausreisepflicht besteht die unterschwellige Annahme, dass die abzuschiebenden Personen kein Bleiberecht haben. Daher sind es gerade Abschiebeproteste, in denen unterschiedliche Argumentationen in Anschlag gebracht werden, warum jemand doch ein Anrecht auf Bleiben und gesellschaftliche Teilhabe haben soll.

Für ein differenziertes Verständnis von Protesten gegen Abschiebungen ist es nützlich, mit dem Konzept der ›Abschiebbarkeit‹ (*deportability*) zu arbeiten, mit dem weniger Abschiebungen selbst untersucht werden, sondern wie sich die drohende Möglichkeit einer Abschiebung auf Betroffene auswirkt (De Genova/Peutz 2010). Im Zusammenhang dieses erweiterten Verständnisses der Problematik der Abschiebungen lässt sich hervorheben, dass es das Ergebnis komplexer Aushandlungen zwischen Akteur*innen darüber ist, wer nicht nur ausreisepflichtig ist, sondern tatsächlich abgeschoben wird. Es kommt darauf an, wer abgeschoben werden soll (z.B. ein alleinstehender

5 In diesem Beitrag geht es nicht um die rechtlichen Differenzierungen zwischen verschiedenen Formen von Abschiebungen und den Gründen Abschiebungen auszusetzen. Daher wird hier allgemein von Abschiebungen gesprochen. Einen Überblick zur Thematik in Deutschland geben Maren Kirchhoff und David Lorenz (2018) sowie in knapper Form mit aktuellen Daten der Mediendienst Integration: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/abschiebungen.html>, 28.11.2020.

6 Die in diesem Abschnitt präsentierten Daten stammen aus dem DFG-geförderten (SCHW1389/5-1) trilateralen Projekt »Taking Sides« zu Abschiebeprotesten in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Rosenberger et al. 2018). Die Daten wurden in den Jahren 2014 und 2015 erhoben. Die meisten Interviews wurden von Maren Kirchhoff geführt, die für Fallstudie 4 von David Lorenz und für Fallstudie 6 gemeinsam von Maren Kirchhoff und Sophie Hinger.

Mann oder eine Familie), was die rechtlichen Grundlagen sind, in welcher Art von Unterkunft die Person lebt, ob sie arbeitet, gesundheitliche Probleme hat und vieles mehr. Wenn wir uns diese Dimensionen von Abschiebbarkeit anschauen, kann sich potenziell ein breites Spektrum von Akteur*innen gegen eine Abschiebung einsetzen. Das reicht von Mitschüler*innen über Arbeitskolleg*innen bis zu lokalen politischen Parteien oder Kirchengemeinden. Je nach Bezugspunkt der Abschiebeproteste können unterschiedliche Argumentationslinien vorgebracht werden. Angeführt werden zum Beispiel der Schutz von Ehe und Familie, erwartete widrige Verhältnisse in den Ländern, in die abgeschoben werden soll, oder sogar eine generelle Kritik an der Migrations- und Asylpolitik. Carla Küffner zeigt im mikrosoziologischen Detail auf, wie diese Akteur*innen im ganz konkreten Fall jeweils für oder gegen das Projekt Abschiebung arbeiten (Küffner 2019: 199). Die Abschiebbarkeit ist somit als eine dynamische Konfiguration zu verstehen. Im Folgenden werden wir analysieren, wie in Protesten gegen Abschiebung Solidarität mit den Abzuschiebenden hergestellt oder wieder entzogen wird. Mit anderen Worten: Was sind Elemente einer inklusiven, transversalen Solidarität in diesen Protesten?

Wir wenden uns nun der Frage der Emotionen und der Emotionalität zu, denn sie scheinen ein Schlüssel zum Verständnis von Solidaritätsprozessen zu sein. Ausgehend von Medienpublikationen und Protestdokumenten stellen Sieglinde Rosenberger und Jakob Winkler in Bezug auf Abschiebungen in Österreich fest, dass persönliche Kontakte zu von Abschiebung bedrohten Menschen und die damit verbundenen Emotionen entscheidende Faktoren für die Protestmobilisierung sind (Rosenberger/Winkler 2014: 175). In Anlehnung an den Emotionssoziologen Jasper (1998) lassen sich die zum Ausdruck gebrachten Emotionen in negative und positive unterscheiden sowie in solche, die länger andauern und sich auf Menschen, Dinge und Orte beziehen (z.B. Freundschaft, Liebe) und in weniger stabile und reaktive, die von politischen Interaktionen beeinflusst werden (z.B. Angst, Hoffnung, Enttäuschung, Schock etc.). Während zu Beginn der individuellen Abschiebeproteste negative Emotionen wie Angst, Enttäuschung oder Empörung überwiegen, so analysieren Rosenberger und Winkler, spielen später positive Emotionen wie Hoffnung eine wichtige Rolle, um die Aktiven zu weiteren Aktionen zu motivieren (Rosenberger/Winkler 2014: 175). Wie solche Prozesse funktionieren können, zeigt das folgende Zitat mit einer ehrenamtlich engagierten Person, die den Anstoß beschreibt, der für sie ausschlaggebend war, sich an den Protesten gegen Abschiebung zu beteiligen:

»Es hat damit angefangen, dass ich bei einem Treffen für Menschen, die Lust hatten, Geflüchteten [...] so ein bisschen beim Deutschlernen zu helfen [...] und dann habe ich mit zwei Männern Handynummern ausgetauscht und wir wollten uns ab da dann regelmäßig treffen [...]. Das hat überhaupt nicht funktioniert, weil gleich beim ersten Treffen einer einen Brief dabei hatte und wissen wollte, was da drinsteht und dann habe ich das übersetzt und dann haben sich für mich also wirklich super schnell so Abgründe aufgetan, weil ich hab' bis dahin immer gedacht, ja, Menschen fliehen nach Deutschland und stellen einen Asylantrag und dann, dann dauert das zwei Monate und dann wissen die Leute, dass sie bleiben können. Ja, und dann habe ich das erste Mal gehört von einer Dublin-Verordnung [...] Und das hat mich so, ja, erschüttert, dass ich natürlich nicht dabeibleiben wollte, jemandem Deutsch beizubringen, der gar nicht weiß, ob er hierbleiben darf [...]. Und dann bin ich, ja, so in die politische Schiene gerutscht und habe dann, ich habe mich einfach in ganz viele Themen eingearbeitet und fand das super spannend.« (Aktivistin und Netzwerkerin, Fall 5, 21.07.2015)

Mit der feministischen Theoretikerin Clare Hemmings ließen sich diese Erfahrungen und damit verbundenen Gefühle als die Entstehung von »affektiver Solidarität« fassen (Hemmings 2012): »[A]ffective solidarity [...] draws on a broader range of affects – rage, frustration and the desire for connection« (Hemmings 2012: 148). In dem Zitat äußert die Engagierte alle diese Gefühle. Affektive Solidarität entsteht durch das Erleben der Dissonanz zwischen dem, was beispielsweise als Standard erwartet wird (»ich hab' bis dahin immer gedacht«) und was dann erfahren wird (»und dann habe ich das erste Mal gehört von einer Dublin-Verordnung«). Damit die Person aus der affektiven Dissonanz heraus ihr Potenzial für transformatives Handeln entwickeln kann, ist der von Hemmings erwähnte Aspekt der »connection« zentral. Das heißt, zum Unverständnis und zur Empörung kommt eine politische Reflexion hinzu, die die dissonanten Aspekte in einen Bezug zueinander bringt, dann zu einem Verlangen nach Veränderung wird und in einer dezidiert politischen, solidarischen Handlung ihren Ausdruck findet. Geschieht diese Verbindung nicht, könnte etwa die Schuld bei der betroffenen Person gesucht werden, die sich nicht an die administrativen Regeln hält (in diesem Fall: Registrierung in dem EU-Mitgliedsstaat, der zuerst betreten wurde und dann unerlaubte Weiterreise nach Deutschland) oder das Behördendeutsch nicht versteht. Erst über ein sich entwickelndes Verständnis für den systemischen Zusammenhang entsteht die reflektierte, transversale Solidarität. Im Gegen-

satz zu der oft beschriebenen klaren Unterscheidung zwischen humanitärem und politischem Engagement zeigt das Beispiel, wie fließend die Grenze zwischen humanitärer Hilfe und politischem Engagement sein kann. Andere Interviewpartner*innen fanden ähnliche Worte, um ihre Politisierung und die Überschneidung von humanitärem und politischem Engagement zu beschreiben, wie dieses Zitat eines Mitglieds einer nachbarschaftlichen Initiative zur Unterstützung Geflüchteter zeigt:

»das war so eine, bisschen so eine ›Hilfeindustrie‹ [...]. Bis zu dem Punkt, an dem die Leute Abschiebepriefe bekommen haben, und dann ist die Stimmung gekippt [...]. Plötzlich hat sich das ganze Engagement nicht mehr gelohnt, weil die Leute dann plötzlich alle wieder wegsollten. Und da war die Ratlosigkeit groß.« (Aktivistin, Fall 5, 06.07.2015)

Dieser »moral shock« (Jasper/Poulsen 1995) kann sich im Zusammenhang mit sozialen Beziehungen und einer Reflexion der eigenen Aktivitäten zu politischem Aktivismus entwickeln. Die Begründung, warum die von Abschiebung Bedrohten Unterstützung erfahren, verschiebt sich in diesen oder ähnlich gelagerten Prozessen von der Beziehungsebene – »ich unterstütze eine Person weil ich sie kenne und schätze bzw. weil ich so viel Arbeit in sie investiert habe« – auf eine abstraktere Ebene, bei der auf einmal das Verhältnis von Mensch und Staat sowie von Ein- und Ausschluss im Mittelpunkt stehen.

Auf den im zweiten Interviewzitat von der befragten Person verwendeten Begriff »Hilfeindustrie« möchten wir an dieser Stelle ebenfalls eingehen. Darin äußert sich eine selbstreflexive Kritik an einem auf Abhängigkeit beruhenden Verständnis von Unterstützung in einer Welt mit einer ungleichen Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen. Yuval-Davis hat, wie im konzeptionellen Teil des Beitrags ausgeführt, eine standpunkttheoretische Reflexion der eigenen Positionierung als eine Bedingung transversaler Politik herausgearbeitet (Yuval-Davis 1999). Bezogen auf Beziehungen in der Entwicklungspolitik hat sich Franziska Dübgen ebenfalls mit der Frage von Abhängigkeiten und solidarischen Handeln befasst (Dübgen 2014). Sie argumentiert, dass bei Gefühlen und affektiver Solidarität das Problem auftreten könne, dass diese machtvorgessen und eher unpolitische Mitleidsgefühle seien (auch Braun 2019). Daher müssten diese Machtverhältnisse aus einer postkolonialen Perspektive reflektiert werden. Dübgen schlägt dazu den Begriff der »reflexiven Solidarität« (Dübgen 2014: 262ff.) vor, der auch für unser Verständnis der transversalen Solidarität wichtig ist. So wird beispielsweise in der oben zitierten Aussage zur Hilfeindustrie die Reflexion und eine daraus resultierende Veränderung

der eigenen politischen Praxis deutlich. Allerdings möchten wir noch stärker inkludierende Momente, also die Ausweitung von Solidarität, akzentuieren, da uns diese gerade im sozialen Nahraum als wichtiges Element erscheinen, wenn es um das Zusammenleben in Migrationsgesellschaften unter Berücksichtigung unterschiedlicher rechtlicher und anderer Positionierungen geht.

Das Repertoire der Proteste gegen Abschiebungen ist breit, es reicht von der Formulierung von Leser*innenbriefen, Petitionen über die Organisation von Mahnwachen, Demonstrationen, Schulstreiks bis hin zu Blockaden, öffentlichen Selbstverletzungen und Verhinderungen des Vollzugs der Abschiebung. Nicht jeder Protest hat Erfolg, aber es lassen sich durchaus einige Erfolgskomponenten bestimmen wie das Vorhandensein eines rechtlichen Ansatzpunktes, Zugang zu breiteren öffentlichen und politischen Kreisen oder das Agieren in Bündnissen (Kirchhoff et al. 2018). Gerade Mobilisierungen heterogener Bündnisse haben bei einigen der analysierten Proteste transversale Dynamiken entfacht. So berichtet eine Person über ein rasch wachsendes Bündnis gegen Abschiebungen:

»...und plötzlich haben wir irgendwie Anfragen gekriegt von Leuten, wo ich das irgendwie nie gedacht hätte, was weiß ich, der Stellvertreter des Bischofs und so und irgendwie so schräge Leute, wo einfach, wo ich denke, ja, die haben sich schon immer gedacht: Ja wir müssen, aber ich traue mich ja nicht und alleine und so, ne? ... aber dann sehen, dass so viele das machen und so unterschiedliche Leute und das klasse finden.« (Protestteilnehmer, Fall 5, 22.07.2015)

Über das gleiche Bündnis berichtet eine andere Person, dass am Anfang nur die üblichen jungen Aktivist*innen daran beteiligt waren, es dann aber »sehr breit« geworden sei (Aktivistin, Fall 5, 06.07.2015). Bei den Blockaden kamen bis zu 130 Personen, »die da vor den Türen und Toren stehen« (Aktivistin, Fall 5, 06.07.2015). Ein als kirchlicher Repräsentant Tätiger berichtet über die Kraft des heterogenen Bündnisses: Die geplante Abschiebung

»ist dann manchmal auch schon mittlerweile wieder so früh, dass ich mir vorgenommen habe, wenn ich das nächste Mal den Minister treffe, werde ich ihm sagen: Also, eigentlich hatten wir doch mal gesagt nicht bei Nacht und Nebel und erst um sechs Uhr oder so. Und wenn das dann jetzt wieder mit halb fünf und vier Uhr anfängt oder so. So. Ja, da kommt es auf die Solidarität an und da kommt es darauf an, dass Leute da sind. Also, ja, wenn da drei Leute stehen, dann kommt die Bundespolizei und sagt: Gehen Sie mal eben

an die Seite. Und würden da reingehen und den holen, nicht? Jetzt stehen da 80 Leute oder 100 Leute, ganz unterschiedlicher Couleur, und dann kommen die dann und, letztes Mal, sagten: Wir wollen Hussein oder Dingsbums, wer ist das? Und alle zeigen auf! So. Ja, fahren sie wieder weg.« (Kirchenvertreter, Fall 5, 22.07.2015)

Vergegenwärtigt man sich, dass in dieser Stadt mehr als 30 Abschiebungen mit Blockaden von Personen verhindert wurden, die nicht dem politischen Spektrum zuzurechnen sind, dem üblicherweise Blockaden als Aktionsform zugetraut werden, so stellt sich die Frage, wie es dazu kommen konnte. Affektive Solidaritäten und erfolgreicher politischer Protest, wie der hier geschilderte, können Hoffnung vermitteln und dazu beitragen, dass Engagierte manchmal auf Protestformen wie Blockaden zurückgreifen, die sie zuvor für sich selbst ausgeschlossen hatten: »Ich meine, mit 20 bin ich auf die Straße gegangen, ne? Ich war eigentlich der Meinung, so das hat sich erledigt, aber diese Geschichte, das, das hat mich so empört, also, das ging gar nicht.« (Ehrenamtlich Aktiver, lokale Nachbarschaftsinitiative, Fall 5, 08.07.2015) In der Folge ging der Befragte zunehmend zu Treffen politischer Bündnisse und setzte sich auch für Menschen ein, mit denen er vorher keinen direkten Kontakt hatte. Das heißt, der solidarische Bezugsrahmen weitet sich signifikant aus und geht über den sozialen Nahraum hinaus. Zum Zeitpunkt des ersten Engagements spielt die Bedeutung der sozialen Beziehungen zu denjenigen, die von Abschiebung bedroht sind, eine entscheidende Rolle. Im Zuge der Politisierung und der Ausweitung der Solidarität wird jedoch von der Existenz einer engen sozialen Beziehung zu den Betroffenen zunehmend abstrahiert, weil ein Verarbeitungsmechanismus in Gang gesetzt wird, in dem emotionale Komponenten auf kognitive Fähigkeiten zur Herstellung von Verbindungen und operative Fähigkeiten, wie z.B. die Fähigkeit, als Gruppe zu handeln, treffen (Claußen 1996: 18f.).

Wir sehen in solchen Prozessen, wie negative und positive Emotionalität zusammenfallen. Negativ insofern, als es darum geht, verärgert zu sein oder tiefe Ungerechtigkeiten zu empfinden. Positiv insofern, als es darum geht, Mitgefühl, Freundschaft und Solidarität zu empfinden. Die Ausweitung solidarischen Handelns führt bei einigen Engagierten letztlich zu einer tiefgreifenden Kritik an der nationalen Migrationskontrolle:

»Also, ich finde den Gedanken total schrecklich und überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Menschen nicht dort leben können, wo sie wollen [...] und dass jemand, der sich dazu entschieden hat, in Deutschland zu leben, ein-

fach nachts von zwei Beamten in einem Bulli abgeholt wird, um in ein anderes Land verfrachtet zu werden, in dem sich ja *sowieso* niemand für die Person interessiert, [...] das geht irgendwie in meinen Kopf nicht rein.« (Aktivistin und Netzwerkerin, Fall 5, 21.07.2015)

Mit diesen Worten fasst eine Aktivistin, die eigentlich nur hatte Deutsch unterrichten wollen, ihre politische Kritik zusammen. Die reflexive Verarbeitung des emotional Erlebten wird hier wie in den vorherigen Zitaten deutlich.

Es wäre jedoch kurzsichtig, nur auf diese inklusiven und transformativen Prozesse der Solidarität zu blicken. Im Folgenden zeigen wir auf, wie es dazu kommt, dass einige von Abschiebung Bedrohte und Betroffene gar nicht oder weniger als diejenigen unterstützt werden, deren Fälle wir weiter oben kurz dargestellt haben.

Wie Ibrahim Kanalan, Mitgründer der migrantischen Selbstorganisation *Jugendliche ohne Grenzen*, in seinem Artikel betont, verfügt die von Abschiebung bedrohte Person nicht unbedingt über soziale Kontakte zu potenziell Solidarischen:

»Die verhinderte Abschiebung durch Mitschüler*innen, Nachbar*innen oder Gemeinden wird medial in der Regel positiv präsentiert und regt zu mehr Aktivismus und Solidarität an. Die Gefahr ist aber, dass nur jene, die diese Unterstützung, Solidarität und mediale Aufmerksamkeit erfahren, vor einer Abschiebung geschützt werden können. Wer nicht gut vernetzt ist und nicht genügend Unterstützung bekommt, ist auch nicht sichtbar und deren Stimme findet kein Gehör. Die Stimme der Subalterne wird also nur bedingt erhört. Auch ist sie nicht immer sichtbar.« (Kanalán 2015: 12)

Es bedarf also sozialer Beziehungen zwischen den Betroffenen und potenziell Solidarischen bereits vor der Abschiebung. Diese können freundschaftliche Beziehungen sein oder durch professionelle Beziehungen wie etwa durch Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen oder Religionsgemeinschaften vermittelt werden. Dass eine von Abschiebung bedrohte Person überhaupt solidarische Unterstützung erfährt, ist eher die Ausnahme, denn viele Fälle bleiben der Öffentlichkeit verborgen. Für von Abschiebung Bedrohte führt etwa die Unterbringung in isoliert liegenden Gemeinschaftsunterkünften oder AnKER-Zentren dazu, dass solche sozialen Kontakte von den Betreibern aktiv unterbunden werden.⁷ Manchmal setzt die Unterstützung auch zu spät ein, weil

7 Siehe Tietje *Grenzraum jenseits der Grenze?* in diesem Band.

die Unterstützenden verspätet davon erfahren. So im Fall einer Person, die bereits abgeschoben wurde und für die sich Engagierte erfolgreich für ihre Wiedereinreise eingesetzt haben: »Also erst einmal muss man natürlich von den Fällen mitkriegen. Es gibt natürlich auch viele Familien und Menschen, wo das gar nicht, ja wo das keiner mitkriegt und die machen das so seit vielen Jahren« (Aktivist Fall 3, 02.06.2015).

In- und exklusive Verständnisse von Solidarität liegen nah beieinander. Für verurteilte Straftäter*innen, die nach (Teil)Verbüßung der eigentlichen Haftstrafe oft selbst in höchst unsichere Zielstaaten wie Afghanistan abgeschoben werden, ist es nicht nur mit am schwierigsten, Unterstützung in der Öffentlichkeit oder von Aktivist*innen zu finden. Viele werden auch selbst kaum gegen ihre eigene Abschiebung aktiv, weil sie verinnerlicht haben, dass sie Unrecht begangen haben und sich sowieso niemand für sie einsetzen werde, wie Ines Hasselberg in einer Studie zu Großbritannien aufzeigt (Hasselberg 2015).

Maren Kirchhoff bezeichnet die abgestufte Gewährung von Unterstützung und Solidarität als »differentielle Solidarität« (Kirchhoff 2020). Auf der Grundlage von Daten aus dem Forschungsprojekt zu Anti-Abschiebeprotesten »Taking Sides: Protest Against the Deportation of Asylum Seekers« weist sie auf die Ambivalenzen in den Protesten hin. Sie argumentiert, dass wir in denselben Kämpfen sowohl inklusive als auch exklusive Elemente finden. In ihrer Fallstudie über eine Gymnasiastin, die in einer vom liberalen Bürgertum geprägten deutschen Großstadt von Abschiebung bedroht ist, treten die Ambivalenzen klar zu Tage. Die meisten ihrer Unterstützer*innen wiesen auf die hervorragende Integration der Schülerin hin, ein Politiker bezeichnete sie sogar als eine »Leistungsdeutsche« (Politiker einer konservativen Partei, Fall 1, 09.07.2015). Dieses ausschließende, auf den Einzelfall bezogene Argument legitimiert fast automatisch die Ausgrenzung derjenigen Abschiebbaren, die keine überragenden Bildungs- und Integrationserfolge vorzeigen können und reproduzieren hegemoniale Konzepte »meritokratischer und kultureller Bürgerschaft« (Schwiertz 2019: 248). Dabei nutzen die von Abschiebung Betroffenen und ihr näheres soziales und politisches Umfeld das meritokratische Argument strategisch. Der potenziell negativen Auswirkungen desselben auf andere Fälle sind sie sich bewusst. Daher wird von den Unterstützer*innen in der Kampagne der ausschließende Bezugsrahmen durch einen inklusiveren ergänzt, indem die Forderung nach einem Bleiberecht auch auf diejenigen ausgedehnt wird, die nicht alle Kriterien erfüllen, die die Härtefallkommissi-

on⁸ fordert. In Protesten gegen Abschiebungen entwickeln sich zur gleichen Zeit inklusive und transversale Formen der Solidarität sowie exklusive.

Seebrücke: Solidarische Praktiken im Einsatz für sichere Fluchtwege

Unser zweiter empirischer Fall weist einige Ähnlichkeiten mit den Protesten gegen Abschiebungen auf, da die Empörung über menschenrechtlich unhaltbare Zustände zum Movens einer neu entstehenden Bewegung wurde und sich auch in diesem Fall ein transversales und inklusives Solidaritätsverständnis zeigt. Allerdings ist dieses deutlich weniger an konkrete Personen gebunden wie im Fall der Abschiebungen. Das im Folgenden beschriebene Engagement für sichere Fluchtwege steht in engem Zusammenhang mit der Zunahme von Spannungen zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und dem Staat. So führte die Kriminalisierung von Solidarität mit Flüchtenden, die teilweise als ›Verbrechen der Solidarität‹ bezeichnet wurde, vermehrt zu einer Politisierung (ehemals) humanitärer Praktiken.⁹ Als Italien Mitte 2018 begann, Schiffen nichtstaatlicher Seenotrettungsinitiativen das Anlaufen italienischer Häfen zu verbieten (Mezzadra 2020), kam es zu Protesten an verschiedenen Orten in Europa. In Deutschland hatten Berichte und Bilder von Besatzungsmitgliedern der Rettungsschiffe im Mittelmeer eine besondere mobilisierende Wirkung. In dieser Situation haben sich Aktivist*innen in Berlin getroffen, um darüber nachzudenken, wie auf diese Situation zu reagieren sei. Trotz ihrer unterschiedlichen politischen Hintergründe teilten sie die Ansicht, dass sie nicht weiter zusehen konnten und sie andernfalls »selber mit-

8 In den deutschen Bundesländern gibt es Härtefallkommissionen (HFK), die darüber entscheiden, ob Ausreisepflichtige aus humanitären Gründen dennoch bleiben dürfen. Entscheidungen begründen sich nicht auf ein subjektives Recht der Antragsstellenden, sondern sind ›Gnadenrecht‹. Jedes Bundesland hat spezifische Regelungen und Zusammensetzungen der Kommissionen. Meistens sind die Härtefallkommissionen den Landesinnenministerien zugeordnet. In den Härtefallkommissionen sind in einigen Bundesländern ausschließlich Angehörige des Landesparlaments, in anderen sind auch Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen vertreten. Die HFK richtet ein Härtefallersuchen an das jeweilige Ministerium, das dann frei ist, dem Ersuchen stattzugeben oder nicht. In den meisten Fällen wird den Ersuchen gefolgt.

9 Der folgende Abschnitt beruht teilweise auf Daten, die in dem eingangs erwähnten Projekt »Von der Flüchtlingshilfe zur Fluchthilfe« erhoben wurden sowie auf einem gemeinsam mit Elias Steinhilper verfassten Artikel (Schwartz/Steinhilper 2020). Die zitierten Interviews aus dem Jahr 2019 wurden in diesem Zusammenhang von ihm und von Helge Schwartz geführt.

schuldig« werden würden, dass »Menschen ertrinken«: »Und deswegen waren auch ganz viele in den Startlöchern, sie wollten was machen« (Seebrücke, Interview, 12.02.2019). Eine andere Mitgründerin der Seebrücke beschreibt die Entstehung ähnlich: »Für uns war es in dem Moment so ein Punkt, dass wir gesagt haben: ›Okay. Das können wir nicht mehr tragen. Das geht nicht!‹. Und dann haben wir überlegt: [...] Was können wir von hier – also, hier vor Ort auch – machen?« (Seebrücke, Interview, 24.04.2019). In diesem Moment der Entrüstung über die Ereignisse, die sich Tausende von Kilometern entfernt ereigneten, wurde in Deutschland die Bewegung ›Seebrücke – Schafft sichere Häfen‹ gegründet. Da viele Menschen die Empörung der Initiative teilten, gelang es der Seebrücke in den folgenden Wochen Hunderttausende von Menschen in einer Protestbewegung zu versammeln. Bei Protestveranstaltungen in ganz Deutschland gingen nach Angaben der Organisator*innen in den ersten Monaten mehr als 150.000 Menschen auf die Straße. Entstanden ist hierbei eine ortsübergreifende, dezentrale Bewegung. Dies zeigt sich auch darin, dass viele lokale Seebrücke-Gruppen unabhängig voneinander gegründet wurden; so etwa in Reutlingen und Osnabrück als Reaktion auf öffentliche Vorträge von Rettungsschiffbesatzungen (Seebrücke, Interviews, 13.03.2019, 17.04.2019). Obwohl sie zum Zeitpunkt ihrer Gründung die Seebrücke nicht kannten, war es für viele lokale Gruppen naheliegend, ihr Engagement als Teil der umfassenderen Seebrücke-Bewegung fortzuführen.

Diese translokale Mobilisierung der Seebrücke in Deutschland und darüber hinaus bezieht sich zudem auf einen transnationalen politischen Raum der Auseinandersetzung in Reaktion auf die zunehmende Kriminalisierung der nicht-staatlichen Seenotrettung. Dieser transnationale Bezug spiegelt sich in den Forderungen der Bewegung: Einerseits fordert sie, die Seenotrettung im Mittelmeer wiederaufzunehmen, was auf Demonstrationen durch das Tragen orangefarbener Warnwesten, die an Schwimmwesten erinnern, symbolisiert wird. Andererseits fordert die Seebrücke auch den Zugang zum Flüchtlingsschutz in Deutschland und betont die Verantwortung des deutschen Staates.

Um dieses Ziel zu erreichen, entwickelten die Organisator*innen der Seebrücke einen strategischen Bezug auf politische Ebenen, der auch als »politics of scale« (Leitner et al. 2002) bezeichnet werden kann: Ihr Ziel war es, die anti-migrantische Politik auf Bundesebene zu umgehen und dieser eine progressive, lokal verwurzelte Politik entgegenzusetzen. Inspiriert von den Debatten um ›Solidarische Städte‹ und ›Urban Citizenship‹ (Bauder/Darling 2019; Braun et al. 2019) zielten die Seebrücke-Organisator*innen deshalb darauf ab,

durch eine enge Zusammenarbeit von Bürger*innen und Kommunen breite, stadtbezogene Allianzen zu etablieren (Seebrücke, Interview, 12.02.2019). Lokale Seebrücke-Gruppen in ganz Deutschland setzten sich für eine solche Kooperation ein. Ausgehend vom Slogan ›Mach deine Stadt zum Sicheren Hafen!‹ wurde darauf abgezielt, kommunale Absichtserklärungen zur Aufnahme von in Seenot geretteten Flüchtenden zu erreichen. Durch diese multilokale Lobbykampagne ist es gelungen, dass sich über 200 Städte und Gemeinden in Deutschland zu ›sicheren Häfen‹ erklärt haben (Seebrücke 2020). Obwohl diese Erklärungen weitgehend symbolischen Charakter hatten, brachten sie dennoch eine wachsende Unterstützung nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in den staatlichen Institutionen zum Ausdruck. Auf Initiative der Seebrücke haben darüber hinaus 13 deutsche Städte, darunter Berlin, Flensburg, Freiburg, Kiel, Marburg und Potsdam, Mitte 2019 das Bündnis ›Städte Sichere Häfen‹ gegründet, in dem sich die Stadtverwaltungen bereit erklären, mehr Geflüchtete aufzunehmen und sich auch dafür einsetzen, dass sie als Stadtverwaltungen selbst über eine zusätzliche Aufnahme entscheiden können. Mit Óscar Agustín und Martin Bak Jørgensen (2019) können wir dies als einen Schritt von der bürgerschaftlichen Solidarität hin zur institutionellen Solidarität im Bereich der Flüchtlingsaufnahme begreifen. Die erfolgreiche Einbindung einiger Stadt- und Kommunalregierungen in eine Bewegung pro-migrantischer Solidarität hat sich insbesondere auch nach dem Brand im Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos im Herbst 2020 gezeigt, wobei diese im Konflikt mit der Bundesebene und deren Blockadehaltung gegenüber einer Flüchtlingsaufnahme stehen.

Mit der Covid-19-Pandemie sowie den staatlichen Reaktionen auf diese hat sich die Situation der Flüchtenden an den europäischen Grenzen im Jahr 2020 massiv verschärft und das zivilgesellschaftliche Engagement wurde weitgehend eingeschränkt. Auf der einen Seite begann die Seebrücke, sich insbesondere auf die Bedingungen in den überfüllten Geflüchtetenlagern zu konzentrieren. So forderte die Bewegung eine sofortige Evakuierung aller Lager, wobei zahlreiche pro-migrantische Initiativen durch das Hashtag #LeaveNoOneBehind zusammengeführt wurden. Auf der anderen Seite haben sich die Protestformen verändert, so dass nicht nur die Mobilisierung, sondern auch die Proteste selbst zunehmend im digitalen öffentlichen Raum und vor allem in sozialen Medien durchgeführt werden. Darüber hinaus werden neue Protestformen erprobt, wie z.B. Live-Streaming von politischen Aktionen mit wenigen Menschen vor Ort oder dezentrale Proteste von zu Hause aus, bei denen die Menschen aufgerufen sind, Transparente an die Fenster zu hängen,

aber auch farbige Fußabdrücke und leere Schuhe auf der Straße zu hinterlassen oder Kundgebungen und Menschenketten mit Masken und Distanz: »Wenn wir an der Supermarktkasse zwei Meter entfernt Schlange stehen können, dann können wir das auch aus Solidarität tun!« (Seebrücke 31.03.2020) Ziel der von der Seebrücke mitorganisierten Kampagne #LeaveNoOneBehind ist es also, trotz der Einschränkungen durch die Pandemie Solidarität mit Flüchtenden zu bekunden.

Für eine Analyse der Seebrücke im breiteren Kontext von pro-migrantischer Solidarität und Humanitarismus fallen vor allem zwei Aspekte auf. Ein erster bemerkenswerter Aspekt der Seebrücke ist, dass ihr Ansatz von einer translokalen Massenmobilisierung durch eine ›Open Source‹-Strategie geprägt ist, die es der Bewegung ermöglichte, gleichzeitig an verschiedenen Orten zu entstehen (Seebrücke, Interview, 12.02.2019). Onlinekommunikation über Telegram-Gruppen, soziale Medien, Organisationstools und Email ermöglichten hierbei eine überregionale Vernetzung und Ausbreitung der Bewegung. Die Seebrücke funktioniert somit als eine landesweite Bewegung mit einer dezentralen Struktur, in der die »Leute sehr leicht einsteigen und mitmachen können« (Seebrücke, Interview, 12.02.2019). Um diesen Prozess zu erleichtern, stellt ein ›Action Kit‹ auf der Kampagnenwebsite Seebrücke-Logos, weitere Materialien und Anleitungen für die Organisation von Demonstrationen zur Verfügung.¹⁰ Der Fokus auf die Lokalebene erleichtert aber nicht nur eine enge Zusammenarbeit von Gruppen, die vor Ort entstehen, auch »der erste Zugang« zu staatlichen Institutionen ist über die Stadtpolitik niedrigschwelliger als auf höheren Ebenen (Seebrücke, Interview, 13.02.2019).

Das zweite und auffälligste Merkmal der Seebrücke ist ihre breite Mobilisierungsfähigkeit, die zu einem guten Teil damit zusammenhängt, dass niedrigschwellige Möglichkeiten der Beteiligung geschaffen wurden. Durch einen ›Minimalkonsens‹ ist es der Kampagne gelungen, über die Nische linker anti-rassistischer Gruppen hinauszugehen. Grundlegend für den heterogenen Zusammenschluss ist vor allem die Forderung nach Seenotrettung: »Wir wollen einfach nur, dass keine Leute mehr im Mittelmeer ertrinken. [...] Das ist die zentrale Forderung. Das hat eine super weite Basis, glaube ich. Das ist super anschlussfähig für viele Leute und wahrscheinlich ist es das, was im Endeffekt alle eint.« (Seebrücke, Interview, 13.03.2019) Neben der breit zustimmungsfähigen Forderung wirkt aber auch der offene, partizipative Ansatz der Seebrücke verbindend: »Das ist der große Vorteil, dass man Leute ›reinholt‹, die

¹⁰ <https://seebruecke.org/mach-mit/material/>.

vorher vielleicht abgeschreckt waren von anderen Ansätzen.« (Seebrücke, Interview, 13.03.2019) Die Sprache der Kampagne vermeidet hierbei den Jargon und die Ästhetik, die regelmäßig in linken politischen Diskursen verwendet werden.

Sie führte hierbei nicht so sehr zu der tiefen Politisierung einer kritischen Auseinandersetzung mit den strukturellen Bedingungen von Ungleichheit und Ausgrenzung, sondern vielmehr zu einer breiten Politisierung, die größere Teile der Gesellschaft einbezieht, hegemoniale Diskurse allerdings nur punktuell und selten grundlegend in Frage stellt. Daher könnte man argumentieren, dass sich die Seebrücke bewusst für einen »strategischen Humanitarismus« (Schwartz/Steinhilber 2020)¹¹ entschieden hat. Dieser bezieht sich auf humanitäre Hilfsdiskurse, die tief im gesellschaftlichen Common Sense verwurzelt sind, während er im weiteren Sinne auf eine pro-migrantisches Solidarität abzielt. Daraus ergeben sich weniger enge solidarische Beziehungen, in denen weitreichende Verantwortung übernommen wird, sondern eher lose solidarische Beziehungen, an denen jedoch große Bevölkerungsgruppen beteiligt sind.

Vielerorts führte diese Strategie zu einer Annäherung von Teilen der Gesellschaft, die zuvor kaum interagiert hatten, und es wurden Allianzen gebildet, die Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher sozialer Hintergründe und Erfahrungsniveaus im politischen Protest miteinander verbanden. Damit gelang es der Seebrücke, Teile des heterogenen, insbesondere 2015 entstandenen, Milieus ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete in eine Bewegung politisierter Solidarität einzubinden – was in vielen Zusammenhängen seit Längerem angestrebt worden war, aber meist nicht gelungen ist. Viele Seebrücke-Organisator*innen waren daher zunächst überrascht, dass viele, die sich der Bewegung anschlossen, nicht Teil eines zuvor bereits politisierten Milieus waren, sondern Menschen, die sich in der humanitären Flüchtlingshilfe engagiert hatten (Seebrücke, Interviews, 19.02.2019, 13.03.2019, 17.04.2019): »Die Leute mit denen wir ständig in Kontakt sind, ich würde sagen es sind die Leute, die 2015 geholfen haben, [...] die Sprachkurse gemacht haben, sind Leute, die Freundschaften geschlossen haben.« (Seebrücke, Interviews, 12.02.2019) In diesem Milieu erleichterte die weit verbreitete Empörung über die Kriminalisierung der Seenotrettung eine Politisierung

11 Nikolai Huke spricht in einem ähnlichen Zusammenhang von einem »pragmatischen Humanismus« (siehe *Die Erfahrung der Anderen* in diesem Band). Diese Form zielt weniger auf die politische Ebene ab und basiert mehr auf persönlichen Beziehungen.

des Humanitarismus und eine Motivation, politische Solidarität zu organisieren. Sie drängte viele Freiwillige, sich öffentlich zu Wort zu melden, anstatt die eher unsichtbare Praxis der Flüchtlingshilfe fortzusetzen. Der sich verändernde Kontext veranlasste daher viele Personen, die sich in der humanitären Hilfe engagiert haben, sich dem Protest anzuschließen.

Wenn wir unsere im ersten Abschnitt entwickelte theoretische Perspektive einnehmen, lässt sich aufzeigen, dass die Seebrücke Formen transversaler und inklusiver Solidarität entwickelt – wenn auch nur zum Teil und in ambivalenter Weise. Was den transversalen Aspekt betrifft, so überschreiten die politischen Praktiken der Seebrücke die Grenzen etablierter Gemeinschaften. Hierbei schließen sie an den Begriff von ›Urban Citizenship‹ an, der alle, die in einer Stadt leben, unabhängig von Nationalität und Rechtsstatus, als Bürger*innen versteht. Dieses inklusive Verständnis wird zudem mit der Forderung erweitert, Städte in Deutschland zu ›sicheren Häfen‹ für Geflüchtete zu machen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet werden oder an europäischen Grenzen festsitzen. Städte sollten daher nicht nur diejenigen, die bereits dort sind, sondern auch diejenigen, die noch auf dem Weg sind, als kommende Bürger*innen sehen. Damit gelingt es der Seebrücke, einen transnationalen Raum politischer Auseinandersetzung vom Mittelmeer bis in deutsche Städte zu schaffen, in dem transversale und inklusive Praktiken der Solidarität wirken und hierbei zugleich diesen Raum ko-produzieren. Dieser politische Zusammenhang, der über nationale Grenzziehungen hinausgeht, drückt sich auch im Namen einer im Juni 2020 von der Seebrücke mitgegründeten Initiative aus, die sich für eine europäische Migrationspolitik von unten einsetzt und sich ›From the Sea to the City‹ nennt.

Die Produktion dieser neuen politischen Räume und Bezugnahmen basiert im Zusammenhang der Seebrücke jedoch weitgehend auf der Zugehörigkeit zu ein und derselben nationalen Gemeinschaft. Die Flucht über das Mittelmeer wurde durch europäische Politiken der Kontrolle und Nicht-Rettung bereits seit vielen Jahren zunehmend gefährlich und viele sind während der Überfahrt ertrunken. Dennoch ist die Seebrücke-Bewegung erst entstanden, als auch Helfer*innen und Aktivist*innen aus Deutschland – wie die Kapitänin Carola Rackete des zivilen Seenotrettungsschiffs Sea Watch 3¹² – von der Kriminalisierung der Seenotrettung betroffen waren und

12 In dem mit dem Grimme-Preis 2020 ausgezeichneten Dokumentarfilm ›SeaWatch3‹ begleiten die beiden NDR-Journalist*innen Nadia Kailouli und Jonas Schreijäg (beide: Buch/Regie/Kamera, 111 min, 2020) das zivile Seenotrettungsschiff auf einer Mission

die Geschichten der Entrechtung vom Mittelmeer persönlich in Deutschland vermittelt haben, was sich in vielen lokalen Gruppen gezeigt hat, die in Reaktion auf öffentliche Vorträge deutscher Rettungsschiffsbesatzungsmitglieder gegründet wurden. Das Verhältnis zu den Flüchtenden selbst bleibt in der Bewegung hingegen eher indirekt: Es wird durch die Rolle der zivilen Seenotretter*innen, die keine Flüchtenden sind, vermittelt; mit ihnen wird die Solidarität in erster Linie aufgebaut. Die solidarischen Beziehungen bleiben also weitgehend vertikal strukturiert. Flüchtende erscheinen weniger als politische, sondern vor allem als schutzbedürftige Subjekte, insbesondere in ihrer Rolle als Opfer von Schiffbrüchen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Seebrücke im Zusammenhang mit der Politisierung der Seenotrettung und der Flüchtlingsaufnahme transversale und inklusive Solidaritäten entwickelt hat. Bedingt durch Verschiebungen im politischen Kontext zeigt sie, wie die humanitäre Praxis ziviler Seenotrettung durch ihre Kriminalisierung zum Ausgangspunkt einer Praxis politisierter Solidarität wird, die in Kooperation mit lokalen Regierungen teilweise auch institutionalisiert werden konnte. Wenn wir hierbei den weiteren Zusammenhang von Solidarität und Citizenship in den Blick nehmen (Schwartz/Schwenken 2020), zeigt sich, wie solidarische Praktiken durch Staatsbürger*innenschaft als Status und nationale Zugehörigkeit begrenzt werden, wenn sich etwa primär auf deutsche Seenotretter*innen bezogen wird, die sich in Europa frei bewegen können. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, wie die Grenzen von Bürger*innenschaft und Solidarität durch pro-migrantische Praktiken in Frage gestellt und somit Verhältnisse von Exklusion und Inklusion neu ausgehandelt werden, wenn aus Seenot im Mittelmeer Gerechtete als kommende Bürger*innen deutscher Städte anerkannt werden.

bei der vor der libyschen Küste 53 Schiffbrüchige gerettet werden. Es ist die Mission, die die Kapitänin Carola Rackete europaweit bekannt macht. Nachdem das Schiff die Geflüchteten aufnahm bekam es keine Anlandelaubnis und irrte zwei Wochen auf dem Mittelmeer herum. Aufgrund der humanitären Notlage an Bord, fuhr Rackete unerlaubt in den Hafen von Lampedusa ein und wurde dort festgenommen. Zum Film: <https://www.ndr.de/fernsehen/SeaWatch3,seawatch688.html>, 25.11.2020.

Fazit: Pro-migrantische Praktiken als Herausforderung für exklusive Solidaritäten?

Ziel des Beitrags war es, Mobilisierungen gegen Abschiebungen und für sichere Fluchtwege vor dem Hintergrund der Konzeptionalisierung der Modi von Solidarität zwischen ex- und inklusiven Formen zu diskutieren. Die beiden Fälle von pro-migrantischem Aktivismus – Proteste gegen Abschiebung und die Seebrücke-Bewegung für sichere Fluchtwege – können als Akte solidarischer Bürger*innenschaft wahrgenommen werden (Schwiertz/Schwenken 2020), wenn auch auf ambivalente Weise: Einerseits stellen sie die Grenzen der Bürger*innenschaft in Frage und handeln diese neu aus, indem sie die Rechte und die Zugehörigkeit von Subjekten einfordern, die formell keine deutschen Staatsbürger*innen sind und die sich entweder physisch außerhalb des Territoriums des deutschen Nationalstaates oder auf diesem befinden, aber abgeschoben werden sollen. In diesem Sinne sind sie Ausdruck inklusiver und transversaler Solidarität. Andererseits haben diese ›Anderen‹ aber selten eine aktive Rolle in den pro-migrantischen Mobilisierungen. Im Fall der Seebrücke kommen Flüchtende selbst kaum zu Wort. Dies kann zum einen als eine Nebenfolge ihres strategischen Humanitarismus verstanden werden, wobei die Seebrücke in erster Linie darauf setzt, die breite Mehrheitsbevölkerung in Deutschland für die Rettung und Aufnahme von Flüchtenden in Seenot zu mobilisieren und weniger diesen selbst eine Sprechposition zu ermöglichen. Zum anderen hängt die geringe Selbstrepräsentation von Flüchtenden in der Seebrücke-Bewegung damit zusammen, dass diese sich tatsächlich in besonders prekären Situationen in der Mittelmeerregion befinden. Von ihnen werden oft eher unwahrnehmbare Politiken des Fliehens selbst und nur gelegentlich wahrnehmbare Politiken des öffentlichen Protests gewählt, zumal deren Wirkung in Deutschland auch durch die räumlichen Distanz erschwert wird. Bei Protesten gegen Abschiebungen ist dies anders, da die direkt betroffenen und solidarischen Personen gemeinsam vor Ort sind. So ist der Protest und Widerstand der direkt Betroffenen oder derer, die sich früher in ähnlichen Situationen befanden, relativ stark in Deutschland (Rosenberger et al. 2017; Schwiertz 2019). Über diese Praxen der Solidarität wird jedoch oft nicht im gleichen Maße wie über die Mobilisierungen seitens von Unterstützer*innen berichtet. Sie werden häufig entpolitisiert oder als bloße Verzweiflungstaten interpretiert. Gerade auch in Kampagnen, die eine größere Öffentlichkeit erreichen, wirken jedoch Exklusions- und Inklusionsprozesse auf ambivalente Weise zusammen, was Maren Kirchhoff als differen-

tielle Solidarität (Kirchhoff 2020) bezeichnet hat. Dies zeigt sich etwa, wenn die besondere Integration von Einzelnen hervorgehoben und hierbei indirekt andere, die nicht gleichermaßen in meritokratische und national-kulturelle Kategorien passen, als weniger berechtigt erscheinen.

Gerade auch hinsichtlich ihrer ambivalenten Verstrickung in hegemoniale Machtverhältnisse können wir die in diesem Beitrag beschriebenen pro-migrantischen Praktiken als transversale und inklusive Solidaritäten sowie ein Ringen um diese verstehen. Gleichzeitig bleibt aus einer normativen Sicht offen, inwieweit wir in Bezug auf die eher vertikalen Beziehungen zwischen Migrant*innen und Unterstützer*innen von Solidarität sprechen können, und wie wir die komplexe Verknüpfung von Solidarität und humanitärer Unterstützung begrifflich erfassen können. Durch die exkludierenden Nebenfolgen in Kampagnen, die das Besondere von einzelnen Fällen herausstreichen – auch wenn dies in erster Linie strategisch motiviert sein mag, um auf bürokratische oder andere Notwendigkeiten zu reagieren (wie z.B. die Erfüllung der vorgegebenen Kriterien in einer Härtefallkommission oder der Umstand, dass die Rettung aus Seenot eine Aufnahme zum dringlichen Anliegen werden lässt) – droht das Potenzial für Transversalität und Inklusivität ebenfalls verloren zu gehen. Dies kann etwa dann geschehen, wenn sich die strategisch gedachten Narrationen verselbständigen. Ob diejenigen, die speziell das Bleiberecht von gut integrierten Jugendlichen oder die Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtenden fordern, hinter diesen Aussagen stehen oder sie nur strategisch einsetzen, ist für den Diskurs unerheblich und ebenso für Politiker, die die Exklusion von ›schlechten‹ mit der Inklusion von (wenigen) ›guten‹ Migrant*innen rechtfertigen. Dennoch wäre es verkehrt, die beschriebenen Praktiken, abgesehen von ihrer konkreten Hilfe, lediglich als subtile Form der Migrationskontrolle zu beschreiben.

Für eine umfassende Analyse der Solidaritätspraktiken und ihrer Auswirkungen muss der breitere sozio-politische und wirtschaftliche Kontext berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die Bedingungen und Modi von Migration. Migrant*innen eignen sich selbst unter widrigen Umständen Mobilität und Teilhabe an und gehen so gegen die als Ungerechtigkeit empfundenen Ausschlüsse, die ungleichen Mobilitätsrechte und globalen Ungleichheitsverhältnisse vor – wobei auch die oben beschriebenen Formen exklusiver Solidarität de facto infrage gestellt werden. Wenn also der Blickwinkel erweitert wird, zeigt sich, dass eine Analyse zu kurz greift, die hier die Helfenden und dort die Hilfeempfangenden sieht. Auch eine kritische Beschreibung eines solchen Verhältnisses als Paternalismus kann einseitig bleiben,

wenn bei aller zutreffenden Kritik an ungleichen Machtverhältnissen andere Facetten des weiteren politischen Kontexts ausgeblendet werden. Wenn wir eine erweiterte Perspektive der Kämpfe der Migration entwickeln, die nicht nur Migrant*innen sondern all jene erfasst, die sich für die Rechte von Migrant*innen und für den sicheren Zugang zu Schutz sowie eine Erweiterung der Bürger*innenschaft einsetzen, können auch Wechselverhältnisse ausgemacht werden. So werden nicht nur vertikale Verhältnisse der Unterstützung sichtbar. Vielmehr kann verdeutlicht werden, wie mit verschiedenen Mitteln und aus unterschiedlichen sozialen Positionen heraus für eine Erweiterung von Bürger*innenschaft gestritten wird, die über nationale Beschränkungen hinausgeht. Solidarität erscheint hierbei in einem weiteren gesellschaftlichen Kontext, der als Migrationsgesellschaft oder post-migrantische Gesellschaft beschrieben werden kann (Brodén/Mecheril 2014, Stjepandić/Karakayalı 2018). In diesem Kontext fungieren nicht nur die engen, persönlichen Verbindungen, sondern auch unpersönliche, gesellschaftlich vermittelte Verhältnisse als potenziell solidarische Beziehungen. Wenn die einen für ihr Bleiberecht, ein Visum oder einen möglichst sicheren Weg über nationale Grenzen kämpfen und andere sich wiederum mit Lobbyarbeit und Demonstrationen gegen Abschiebungen und für sichere Fluchtwege einsetzen, wirkt beides im Effekt als Engagement für eine offenere Gesellschaft, die nationale Ausschlüsse überwindet.

Literaturverzeichnis

- Agustín, Óscar G./Jørgensen, Martin B. (2019): *Solidarity and the ›Refugee Crisis‹ in Europe*. Cham. Palgrave Pivot.
- Anderson, Bridget/Gibney, Matthew J./Paoletti, Emanuela (2011): *Boundaries of belonging: deportation and the constitution and contestation of citizenship*. In: *Citizenship Studies* 15 (5), 543-545.
- Ataç, Ilker/Kron, Stefanie/Schilliger, Sarah/Schwiertz, Helge/Stierl, Maurice (2015): *Struggles of Migration as in-/visible Politics. Introduction*. In: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1 (2), 1-18.
- Ataç, Ilker/Steinhilper, Elias (2020): *Arenas of fragile alliance making. Space and interaction in precarious migrant protest in Berlin and Vienna*. In: *Social Movement Studies*, 1-17.

- Bauder, Harald/Darling, Jonathan (Hg.) (2019): *Sanctuary cities and urban struggles. Rescaling migration, citizenship, and rights*. Baltimore. Manchester University Press.
- BILD (29.08.2015): So funktioniert die große Hilfsaktion von BILD. <https://www.bild.de/news/inland/fluechtlingshilfe/so-funktioniert-die-grosse-hilfs-aktion-von-bild-42369204.bild.html>, 28.11.2020.
- Braun, Katherine (2019): Aufruhr in Bullerbü. Genderpolitiken im karitativen Räumen des Willkommens. In: Beate Binder/Christine Bischoff/Cordula Endter/Sabine Hess/Sabine Kienitz/Seven Bergmann (Hg.): *Care: Praktiken und Politiken der Fürsorge. Ethnographische und geschlechtertheoretische Perspektiven*. Opladen/Berlin/Toronto. Barbara Budrich, 276-301.
- Braun, Katherine/Carstensen, Anne Lisa/Reichhold, Clemens/Schwiertz, Helge (2019): Urban Citizenship und Kämpfe für eine solidarische Stadt. Neue Netzwerke und Zugehörigkeiten jenseits des Nationalen. In: Carina Book/Nikolai Huke/Sebastian Klauke/Olaf Tietje (Hg.): *Alltägliche Grenzbeziehungen. Zum Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität*. Münster. Westfälisches Dampfboot, 73-93.
- Broden, Anne; Mecheril, Paul (2014) (Hg.): *Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage*. Bielefeld: transcript.
- Brunkhorst, Hauke (1997): *Solidarität unter Fremden*. Frankfurt a.M. Fischer.
- Bude, Heinz (2019): *Solidarität: die Zukunft einer großen Idee*. München. Carl Hanser.
- Claußen, Bernhard (1996): Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Bernhard Claußen/Rainer Geißler (Hg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*. Opladen. Leske+Budrich, 15-48.
- De Genova, Nicholas/Peutz, Nathalie (Hg.) (2010): *The Deportation Regime. Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*. Durham/London. Duke University Press.
- Demirović, Alex (2010): »Freiheit, Gleichheit, Solidarität«. <https://www.zeitshrift-luxemburg.de/freiheit-gleichheit-solidaritaet/>, 5.11.2020.
- Derrida, Jaques (2005): *Rogues: Two Essays on Reason*. Meridian. Stanford. Stanford University Press.
- Deutschmann, Christoph (2016): Einfallstor für Rechts. www.boeckler.de/pdf/p_mb_1_2_2016.pdf, 04.11.2020.
- Dübgen, Franziska (2014): Reflexive Solidarität(en): Politische Solidarität als widerständige Praxis. In: Franziska Dübgen (Hg.): *Was ist gerecht? Kenn-*

- zeichnen einer transnationalen solidarischen Praxis. Frankfurt a.M. Campus, 262-269.
- Fleischmidt, Margit (2020): Deployed Fears and Suspended Solidarity along the Migration Route in Europe. In: *Citizenship Studies* 24 (4), 441-456.
- Fischer, Thomas (2019): Inklusive Solidarität als Antwort der Gewerkschaften auf den Rechtspopulismus. In: *WSI-Mitteilungen* 72 (3), 229-231.
- Hasselberg, Ines (2015): Balancing Legitimacy, Exceptionality and Accountability: On Foreign-national Offenders' Reluctance to Engage in Anti-deportation Campaigns in the UK. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (4), 563-579.
- Hemmings, Clare (2012): Affective Solidarity: Feminist Reflexivity and Political Transformation. In: *Feminist Theory* 13 (2), 147-161.
- Jasper, James M. (1998): The Emotions of Protest: Affective and Reactive Emotions in and around Social Movements. In: *Sociological Forum* 13 (3), 397-424.
- Jasper, James M./Poulsen, Jane D. (1995): Recruiting Strangers and Friends: Moral Shocks and Social Networks in Animal Rights and Anti-Nuclear Protests. In: *Social Problems* 42 (4), 493-512.
- Kanalan, Ibrahim (2015): Jugendliche ohne Grenzen. Zehn Jahre Proteste und Kämpfe von geflüchteten Jugendlichen — Creating Utopia?. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2), 1-14.
- Kirchhoff, Maren (2020): Differential Solidarity: Protests against Deportations as Structured Contestations over Citizenship. In: *Citizenship Studies* 24 (4), 568-586.
- Kirchhoff, Maren/Lorenz, David (2018): Between Illegalization, Toleration, and Recognition: Contested Asylum and Deportation Policies in Germany. In: Sieglinde Rosenberger/Verena Stern/Nina Merhaut (Hg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham. Springer, 49-68.
- Kirchhoff, Maren/Probst, Johanna/Schwenken, Helen/Stern, Verena (2018): Worth the Effort: Protesting Successfully Against Deportations. In: Sieglinde Rosenberger/Verena Stern/Nina Merhaut (Hg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham. Springer, 117-139.
- Koopmans, Ruud (2010): Trade-Offs between Equality and Difference: Immigrant Integration, Multiculturalism and the Welfare State in Cross-National Perspective. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36, 1-26.

- Kreisky, Eva (1999): Brüderlichkeit und Solidarität. In: Godenzi, Alberto (Hg.): *Solidarität. Auflösung partikularer Identitäten und Interessen*. Freiburg. Universitätsverlag, 29-111.
- Küffner, Carla (2019): *Un/doing deportation – Die Arbeit an der Ausreisepflicht*. Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt a.M. Frankfurt a.M.
- Leitner, Helga/Pavlik, Claire/Sheppard, Eric (2002): *Networks, Governance, and the Politics of Scale: Inter-Urban Networks and the European Union*. In: Andrew Herod/Melissa W. Wright (Hg.): *Geographies of Power*. Oxford. Blackwell, 274-303.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München. Hanser Berlin.
- Mezzadra, Sandro (2020): *Abolitionist vistas of the human. Border Struggles, Migration, and Freedom of Movement*. In: *Citizenship Studies* 24 (4), 424-440.
- Mohanty, Chandra Talpade (2003): *Feminism Without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*. Durham/London. Duke University Press.
- Mokre, Monika (2015): *Solidarität als Übersetzung*. Wien. transversal.
- Oosterlyck, Stijn/Loopmans, Maarten/Schuermans, Nick/Vandenabeele, Joke/Zemni, Sami (2015): *Putting flesh to the bone: Looking for solidarity in diversity, here and now*. In: *Ethnic and Racial Studies* 39 (5), 1-19.
- Rosenberger, Sieglinde/Winkler, Jakob (2014): *Com/passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers*. In: *Mobilization: An International Quarterly* 19 (2), 165-184.
- Rosenberger, Sieglinde/Schwenken, Helen/Kirchhoff, Maren/Merhaut, Nina (2017): *Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013*. In: Priska, Daphi/Nicole Deitelhoff/Dieter Rucht/Simon Teune (Hg.): *Protest in Bewegung. Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, Leviathan-Sonderheft 31, 255-281.
- Schwartz, Helge (2019): *Migration und radikale Demokratie. Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA*. Bielefeld. transcript.
- Schwartz, Helge/Schwenken, Helen (2020): *Introduction: Inclusive Solidarity and Citizenship along Migratory Routes in Europe and the Americas*. In: *Citizenship Studies* 24 (4), 405-423.

- Schwartz, Helge/Steinilper, Elias (2020): Countering the Asylum Paradox Through Strategic Humanitarianism: Evidence from Safe Passage Activism in Germany. In: *Critical Sociology*, <https://doi.org/10.1177/%2F0896920520932215>
- Seebrücke (2020): Kommunen auf dem Weg zum Sicheren Hafen. <https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/>, 26.11.2020.
- Seebrücke (2020): Wir hinterlassen Spuren – Sei dabei! <https://seebruecke.org/news/wir-hinterlassen-spuren-sei-dabei/>, 26.11.2020.
- Stjepandić, Katarina/Karakayalı, Serhat (2018): Solidarität in postmigrantischen Allianzen. Die Suche nach dem Common Ground jenseits individueller Erfahrungskontexte. In: Naika Foroutan/Juliane Karakayalı/Riem Spielhaus (Hg.): *Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*. Frankfurt a.M. Campus, 237-252.
- Streeck, Wolfgang (2018): Between Charity and Justice: Remarks on the Social Construction of Immigration Policy in Rich Democracies. In: *Culture, Practice & Europeanization* 3 (2), 3-22.
- Torp, Cornelius (2020): Grenzen der Solidarität? Flüchtlingsmigration und nationaler Wohlfahrtsstaat. In: *WSI Mitteilungen* 73 (5), 335-342.
- van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2019): The Reality of Exclusive Solidarity. A Response to Wolfgang Streeck's ›Between Charity and Justice‹. In: *Culture, Practice & Europeanization* 4 (1), 149-154.
- Yuval-Davis, Nira (1999): What Is ›Transversal Politics‹? In: *Soundings* (12), 94-98.